Pressemitteilungen

Abbau von 420 Stellen beim Hersteller von Bauteilen für Elektroautos

11. Juni 2024

MÜNCHEN/BAD NEUSTADT Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat angesichts des angekündigten Abbaus von 420 Arbeitsplätzen beim Automobilzulieferer Preh in Bad Neustadt Kritik an der Bundesregierung geübt. Aiwanger: „Der Arbeitsplatzabbau von Preh verstärkt die Probleme in der Region, diese Fälle häufen sich. Es ist ein fatales Signal, wenn jetzt ein Hersteller von Bauteilen für Elektroautos Mitarbeiter entlassen muss. Wir brauchen einen besser abgestimmten Weg zur CO^2-Reduzierung im Verkehrsbereich, als ihn der Bund einschlägt. Die Nachfrage nach E-Autos ist mit dem abrupten Ende der Förderung eingebrochen. Hätte man gleich auf Technologieoffenheit gesetzt, sähe es heute bei Bayerns Zulieferindustrie besser aus."

Aiwanger kündigte ein Besuch in Bad Neustadt an, um neue Chancen für die betroffenen Beschäftigten und die Wirtschaftsregion zu suchen: „Mit Landrat Thomas Habermann bin ich schon im Kontakt. Meine Experten haben leider schon Erfahrung im Krisenmanagement sammeln müssen. Es ist gut für die Belegschaft von Preh, dass der Arbeitsplatzabbau sozialverträglich ist, aber es ist schlecht für die Region, wenn Arbeitsplätze für immer verschwinden, und das bei einem seit 100 Jahren ansässigen Betrieb. Wir bieten Hilfen für Unternehmen und Förderung zur Erforschung und Entwicklung neuer Produktlinien." Ziel sei nicht nur, die Hauptverwaltung und das Entwicklungszentrum zu halten, sondern auch die industriellen Strukturen und einschlägigen Fertigungs-Know-hows im Landkreis Bad Neustadt zu sichern.

Aiwanger: „Es ist allerhöchste Zeit, dass sich Berlin und Brüssel eines Besseren besinnen und sich mehr um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen kümmern als um neue Vorgaben. Die Zulieferbranchen brauchen dringend neue Perspektiven und mehr Planungssicherheit. Ohne bessere Rahmenbedingungen und geringere Kosten werden unsere Produktionsbetriebe nicht überleben. Um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, müssen wir uns hinsichtlich Abgabenbelastung und Energiekosten an unseren Nachbarländern in Europa orientieren."

Ansprechpartner:

Jürgen Marks

Leiter Pressereferat

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers